

Deutschland-Offenbach am Main: Maschinen und Geräte zum Prüfen und Messen
OJ S 200/2016 15/10/2016
Auftragsbekanntmachung
Lieferungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Generalzolldirektion Zentrale Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung

Postanschrift: Friedrichsring 35

Ort: Offenbach am Main

Postleitzahl: 63069

Land: Deutschland

Zu Händen von: Christiane Kopp

E-Mail: Christiane.Kopp@zoll.bund.de

Telefon: +49 698302-601

Fax: +49 698302-600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: www.bund.de

Elektronischer Zugang zu Informationen: www.evergabe-online.de

Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen: www.evergabe-online.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Offizielle Bezeichnung: e-Vergabe, Vergabeplattform des Bundes

Land: Deutschland

Internet-Adresse: www.evergabe-online.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen: Offizielle Bezeichnung: e-Vergabe

Land: Deutschland

Internet-Adresse: www.evergabe-online.de

I.2. Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

I.4. Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1. Beschreibung

II.1.1.

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Lieferung von Videoendoskopen.

II.1.2. Art des Auftrags und Ort der Ausführung bzw. Lieferung

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung: Generalzolldirektion Zentrale Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung Friedrichsring 35, 63069 Offenbach am Main, Deutschland.
NUTS-Code DE714 Wiesbaden, Kreisfreie Stadt

II.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

II.1.4. Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5. Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Lieferung von 150 Stück Videoendoskopen mit Zubehör.

II.1.6. Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

38540000 Maschinen und Geräte zum Prüfen und Messen

II.1.7. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

II.1.8. Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2. Umfang der Beschaffung

II.2.1. Gesamtmenge bzw. -umfang

150 Stück Videoendoskope mit Zubehör.

II.2.2. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.3. Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3. Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Bedingungen für den Auftrag

III.1.1. Geforderte Kautionen oder Sicherheiten

III.1.2. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Zahlungen erfolgen nach § 17 VOL/B.

III.1.3. Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss Gesamtschuldnerisch haftend.

III.1.4. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2. Teilnahmebedingungen

III.2.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Den Vergabeunterlagen ist eine abschließende Liste der geforderten Nachweise und Eigenerklärungen beigelegt.

III.2.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

III.2.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Referenzen, Referenzgerät, Prospekte, technische Beschreibungen/Datenblätter oder vergleichbare Unterlagen des angebotenen Geräts.

III.2.4. Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.3. Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.3.2. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Verfahrensart

IV.1.1. Verfahrensart

Offen

IV.1.2. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

IV.1.3. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2. Zuschlagskriterien

IV.2.1. Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf Die nachstehenden Kriterien

1. Preis. Gewichtung 30
2. Technische Parameter. Gewichtung 65
3. Folgekosten. Gewichtung 5

IV.2.2. Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3. Verwaltungsangaben

IV.3.1. Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

331-2016-0429

IV.3.2. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

nein

IV.3.3.

Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 8.11.2016

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

9.11.2016 - 11:00

IV.3.5. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch.

IV.3.7. Bindefrist des Angebots

bis: 28.2.2017

IV.3.8. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Ort:

Entfällt.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bei Nutzung der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) wird diese im laufenden Vergabeverfahren als vorläufiger Nachweis der Eignung akzeptiert. Weitere Informationen zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) erhalten Sie unter folgendem LINK der Europäischen Kommission:

<https://webgate.acceptance.ec.europa.eu/espdc/filter?lang=de>

Mit dem Angebot ist der Vordruck „Eigenerklärungen“ abzugeben. In diesem versichert der Bieter, dass keine fakultativen bzw. zwingenden Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen / Angebotsabgabe erfolgt ausschließlich elektronisch auf der E-Vergabepattform unter <http://www.evergabe-online.de>

Die Nutzungsbedingungen der e-Vergabe sind zu beachten.

Hinweise für Bewerber / Bieter zur Durchführung elektronischer Vergabeverfahren über die e-Vergabe-Plattform werden den Vergabeunterlagen beigelegt.

Weitere Informationen zur elektronischen Angebotsabgabe gemäß § 11 Abs. 3 VgV erhalten Sie über den LINK <http://www.evergabe-online.info/vgv11>

Bieteranfragen sollen bis spätestens sechs Tage vor Angebotsfristende gestellt werden.

Spätere Bieteranfragen können unberücksichtigt bleiben.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Postanschrift: Villemombler Straße 76
Ort: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land: Deutschland

VI.4.2. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Bewerber / Bieter, deren Bewerbungen / Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens oder vor Zuschlagserteilung gemäß § 134 GWB informiert. Ein Bewerber / Bieter kann seine Nichtberücksichtigung im Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer überprüfen lassen. Voraussetzung für ein Nachprüfungsverfahren ist, dass der Verstoß gegenüber der Vergabestelle gerügt wird. Der Antrag ist unzulässig, soweit der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB), (...), mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Nach Ablauf dieser Frist ist gegen diese Entscheidung kein Rechtsmittel mehr möglich. Der Antrag auf Nachprüfung ist an die Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt, Villemombler Straße 76, 53123 Bonn, zu richten.

VI.4.3. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10.10.2016